

DGAW für Gleichbehandlung von Sekundärrohstoffen

Die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft hat sich im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl mit drei Forderungen an die Politik gewendet. Die DGAW plädiert für eine materielle Gleichbehandlung von Primär- und Sekundärrohstoffen, fordert steuerliche Anreize für den Einsatz von Rezyklaten sowie einen europaweiten Ausstieg aus der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle.

Man fordere seit langem, die vielfältige Diskriminierung von Sekundärrohstoffen durch sachlich unbegründete Grenzwerte zu beenden, so der Verein. Primär- und Sekundärmaterialien müssten materiell gleichgestellt werden, um den Einsatz von Sekundärrohstoffen zu fördern und zu stärken. Anderenfalls werde das Ziel einer „Circular Economy“ eine Vision bleiben.

Auch die Forderung nach einem bevorzugten Einsatz von Rezyklaten in Neuprodukten erhebe man schon seit längerer Zeit, schreibt die DGAW weiter. Die zukünftige Bundesregierung könnte unter anderem über fiskale Regelungen den Rezyklateinsatz erheblich steigern.

Auch die zügige Umsetzung des Deponierungsverbots in der EU stehe schon länger auf der Agenda der DGAW, da damit die größten Effekte für den Klima- und Umweltschutz zu erwarten seien. Dies setze aber voraus, dass gerade die EU-Mitgliedsstaaten, die aktuell noch besonders viele Abfälle deponieren, eine Förderung zur Errichtung von Abfallverwertungsanlagen erhalten.

Ein Deponierungsverbot fordert die DGAW darüber hinaus auch für recyclingfähige mineralische Reststoffe. Während dies in Österreich bereits vorbildlich umgesetzt worden sei, steht die Novelle der deutschen Mantelverordnung dem jedoch noch immer entgegen, kritisiert der Verein.